

## **Informationen zum Datenschutz**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG).

### **Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:**

Universität Potsdam  
vertreten durch den Präsidenten, Herrn Prof. Oliver Günther, Ph.D.  
Am Neuen Palais 10  
14469 Potsdam  
Telefon: +49 331 977-0  
Telefax: +49 331-97 21 63  
[www.uni-potsdam.de](http://www.uni-potsdam.de)

### **Zweck der Datenverarbeitung**

Wir speichern Ihre Daten (Name und Vorname, Email-Adresse und Telefonnummer), um Ihnen eine Möglichkeit zu geben, Ihre Aussagen zu Vorfällen sexualisierter Belästigung oder Diskriminierung, Mobbing oder anderen Vorfällen, die in der Universität Potsdam oder an An-Instituten dieser in einem persönlichen Gespräch mit Mitgliedern der Untersuchungskommission des Präsidenten an der Universität Potsdam vorzustellen.

### **Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist eine Einwilligung in die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO. Die Verarbeitung der vorgenannten personenbezogenen Daten von Beschäftigten der Universität Potsdam erfolgt zudem auf der Grundlage von § 26 BbgDSG.

### **Widerrufsrecht**

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

### **Empfänger der Daten**

Eine Übermittlung Ihrer Daten an oder eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dritte findet nicht statt.

### **Dauer der Datenspeicherung**

Die Datenspeicherung erfolgt bis auf Widerruf und ist ansonsten zeitlich für die Dauer der Arbeit der Untersuchungskommission des Präsidenten an der Universität Potsdam begrenzt.

### **Ihre Rechte**

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die Verarbeitung Sie betreffender, personenbezogener Daten zu verlangen. Dieses Auskunftsrecht umfasst neben einer Kopie der personenbezogenen Daten auch Angaben zu dem Zweck der Datenverarbeitung, Datenempfängern sowie der Speicherdauer.

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, können Sie von uns die Berichtigung dieser Daten verlangen. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen aus Art. 17 bzw. 18 DSGVO vor, steht Ihnen zudem grundsätzlich das Recht auf Löschung personenbezogener Daten oder auf eine Einschränkung der Verarbeitung zu. Bitte beachten Sie, dass eine eingeschränkte Verarbeitung der Daten unter Umständen nicht möglich ist. Sie haben das Recht, Ihre personenbezogenen Daten in

einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen (Art. 20 DSGVO). Soweit die Datenverarbeitung ohne Ihre Einwilligung zulässig ist, können Sie unter den Voraussetzungen von Art. 21 DSGVO der Verarbeitung widersprechen.

Wir möchten Sie darum bitten, sich zur Ausübung Ihrer oben genannten Rechte zu wenden an:

Christina Wolff  
Koordinationsbüro für Chancengleichheit  
Universität Potsdam  
Am Neuen Palais 10  
14469 Potsdam  
E-Mail: [elisabeth.noske@uni-potsdam.de](mailto:elisabeth.noske@uni-potsdam.de)  
Telefon: +49 331 977-4113

Auskunft können Sie abweichend davon beim Chief Information Officer (Universität Potsdam, Karl-Liebknecht-Straße 24-25, 14476 Potsdam) beantragen. Das dafür vorgesehene Formular finden Sie unter: <https://www.uni-potsdam.de/de/praesidialbereich/praesident-vizepraesidenten/cio.html>.

Bei Fragen zum Datenschutz können Sie sich an den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Universität Potsdam wenden:

Dr. Marek Kneis  
Am Neuen Palais 10  
14469 Potsdam  
Telefon: +49 331 977-124409  
Telefax: +49 331 977- 701821  
E-Mail: [datenschutz@uni-potsdam.de](mailto:datenschutz@uni-potsdam.de)

Falls Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, haben Sie das Recht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz eine Beschwerde einzureichen.